



Prävention

In der Vorsorge sei man sehr auf Hausärzte angewiesen, sagen Experten. Man erhalte von diesen aber wenig Rückmeldungen.

Gesundheitspolitik: Kritik an Rezepten

Experten kritisieren gesundheitspolitische Maßnahmen als wenig wirksam. Was fehlt, seien gute Analysen.

... Von Martin Rümmele

WIEN. Ob einzelne Maßnahmen in der Vorsorgemedizin tatsächlich dazu führen, dass Erkrankungen verlässlich und in größerer Zahl früher erkannt werden, lasse sich wissenschaftlich fundiert oft gar nicht sagen. Das erklärten Gesundheitsexperten nun bei einer Diskussionsveranstaltung in Wien; hier zeige sich, dass Österreich von der oft beschworenen faktenbasierten Politik weit weg sei.

Breites Angebot

Es gebe in Österreich zwar ein großes Angebot an Screenings und Vorsorgeuntersuchungen und einen starken Glauben an deren Sinnhaftigkeit, mit belastbaren wissenschaftlichen Untersuchungen ließe sich das in einigen Fällen allerdings bis heute nicht untermauern, betonten die Experten. Zweifelsfrei hätten viele Vorsorgemaßnahmen ihren

Sinn, wie etwa Impfungen oder der Mutter-Kind-Pass. Bei einem weiteren beliebten Präventions-Klassiker, der jährlich angebotenen Vorsorgeuntersuchung, sei die Frage „Bringt's was?“ aber schwer zu beantworten, sagte Martin Sprenger, Leiter des Lehrgangs „Public Health“ an der Medizinischen Universität Graz. Mittlerweile deute einiges darauf hin, dass der präventive Effekt eher „bescheiden“ sein dürfte. Ähnlich bewertete das auch der Gesundheitsökonom Gerald Pruckner von der Universität Linz in seinem Statement.

Nutzen und Schaden einer Maßnahme sollten daher sorgfältig und faktisch untermauert abgewogen werden. Dafür fehle aber oft die wissenschaftliche Grundlage. So wurde erst kürzlich im ersten offiziellen Evaluationsbericht zum Brustkrebs-Früherkennungsprogramm festgestellt, dass es derzeit kaum möglich sei, die Ergebnis-

ses des Programms zu analysieren. „Mehr Screenings führen nicht automatisch zu mehr Gesundheit, weniger Rauchen aber schon“, sagte Katharina Paul von der Universität Wien. Für Letzteres sei die Datenlage völlig klar, mit politischen Anstrengungen, den Tabakkonsum zu minimieren, halte man sich im internationalen Vergleich aber zurück.

Wenig Evidenz

„Wir haben keine ‚Evidence-based-policy‘“, so das nüchterne Fazit des ehemaligen Vorstands der Abteilung Allgemein- und Familienmedizin an der Medizinischen Uni Wien, Manfred Maier. Viele Maßnahmen würden seitens der Politik geplant, die Umsetzung liege bei den Hausärzten, institutionalisierte Rückmeldungen gebe es jedoch nicht immer. Auch Ärzte hätten manchmal nicht genug „evidenzbasiertes Wissen“, um ihre Patienten umfassend aufzuklären.

HAUPTVERBAND

Neuer Chef für Kassen ist fix

WIEN. Alexander Biach (43, Bild) ist am Dienstag wie erwartet vom Vorstandsvorsitz des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger zum neuen Vorsitzenden gewählt worden. Die Wahl erfolgte einstimmig. Der stellvertretende Direktor der Wiener Wirtschaftskammer und bisherige Stellvertreter der Obfrau in der Wiener Gebietskrankenkasse tritt damit die Nachfolge der kurz nach Ostern überraschend zurückgetretenen Ulrike Rabmer-Koller an.

„Vertrauen festigen“

Unmittelbar nach seiner Wahl nannte Biach in einer Aussendung als Ziel, das Vertrauen der Menschen in ihre Sozialversicherung zu erhalten und zu festigen sowie den Erhalt und den Ausbau eines langfristig leistungsfähigen, finanzierbaren und solidarischen öffentlichen Gesundheitssystems sicherzustellen.

Mit Biach bekommt der Hauptverband einen Chef, der das System der Sozialversicherungen von innen kennt und als bekennender Sozialpartner gilt. Der 43-jährige Betriebswirt war zuvor bereits fünf Jahre Wiener Landesvorsitzender der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (SVA) und zuletzt Obfrau-Stellvertreter der WGKK. (rüm)



© APAWirtschaftsbund Wien/Rauchenberger